

### Teuerungszulagen und Beamte.

Nach langen Bemühungen in der Kommission ist es gelungen, zwischen der Staatsregierung und dem preussischen Abgeordnetenhaus eine provisorische Einigung über die Teuerungszulagen für Beamte herbeizuführen. Die Zulagen sind die unausbleibliche Folge der durch den Krieg bedingten und durch mancherlei Regierungsmaßnahmen verstärkten Preisentwicklungen. Unter diesen Entwicklungen leiden alle jene Kreise, denen es die Verhältnisse nicht gestatten, ihre Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Das sind in erster Linie die Festbesoldeten, dann aber auch bestimmte Teile des Mittelstandes, deren wirtschaftliche Zukunft lebhafteste Besorgnisse auslöst. Wie nun die Gemeinden genötigt sind, durch besondere Kriegszulagen ihre Angestellten vor dem wirtschaftlichen Niedergang zu schützen, so ist auch der Staat genötigt, immer von neuem in eine Prüfung des Verhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben bei seinen Beamten einzutreten; die Gefahr, daß er dabei etwa zu viel tun könnte, liegt gewiß nicht vor — er bleibt in seinen Leistungen naturgemäß hinter den tatsächlichen Anforderungen zurück!

Der neue preussische Finanzminister, Herr Hergt, hat sich im Einverständnis mit dem Reichsschatzamt zu einmaligen Teuerungszulagen entschlossen, die der dringendsten Not entgegenzutreten sollen. Als *U s n a h m s m a ß n a h m e* mag man damit einverstanden sein, man muß indessen daran festhalten, daß es wirtschaftlich richtiger ist, wenn der Beamte mit festen Zahlen rechnen und sich darauf einrichten kann, während einmalige Zuwendungen nur zu leicht den Charakter eines unwirtschaftlichen Lotteriegewinnes annehmen. Es sind denn auch die Parteien darin einig, daß diese einmalige Zuwendung unmöglich ausreicht, daß vielmehr die Frage gründlich zu lösen ist, zu welchem Zwecke am 15. Februar die Kommission neuerdings zusammentritt. Man muß sich überhaupt mit dem Gedanken einer Umgestaltung der staatlichen Gehälter nach dem Kriege vertraut machen, wobei wir gänzlich veränderten Verhältnissen, die unerwartete finanzielle Aufwendungen bedingen dürften, gegenüberstehen werden.

Sehr zu bedauern ist es, daß auch der neue Finanzminister es noch nicht über sich gebracht hat, auch der *p e n s i o n i e r t e n B e a m t e n* zu gedenken. Es sind das die Kreise, in denen nach unserer Kenntnis der Dinge die bittersten Entbehrungen herrschen und denen unbedingt geholfen werden muß. Der Standpunkt, daß die Dienste des Beamten durch die Pension restlos abgegolten werden und der Staat ihnen gegenüber darüber hinaus keine Verpflichtungen mehr habe, läßt sich jetzt gewiß nicht durchhalten, wie ja auch Hr. Hergt zugibt. Wenn irgendwo eine schnelle Hilfe am Platze ist, dann trifft das für die Altpensionäre zu, und es erscheint geradezu unbegreiflich, daß das Abgeordnetenhaus in diesem Punkte nicht auf seinem Willen bestanden hat. Wir möchten annehmen, daß der Finanzminister wenigstens einer Hilfeleistung aus Dispositionsfonds zustimmt. Bei der allgemeinen Regelung der Teuerungszulagen, die für den 1. April beabsichtigt ist, müssen die Altpensionäre unter allen Umständen einbezogen werden; jede andere Regelung muß für die Parteien unannehmbar sein. Daß die Auszahlung der Teuerungszulagen für die *V o l l s c h u l l e h r e r* nunmehr durchgeführt werden soll, ist an sich erfreulich, es hätte aber längst geschehen sein können.

Diese außergewöhnlichen Beamtenauswendungen müssen natürlich eine sehr ungünstige, aber leider unvermeidbare Rückwirkung auf den *S t a a t s h a u s h a l t* ausüben. Man muß sich deshalb auf einen wenig günstigen Abschluß vorbereiten. Allerdings kommen die steigenden Preise auch den staatlichen Unternehmungen zu gute, aber die Einnahme-Erhöhungen werden durch die vermehrten Ausgaben übertroffen. Das dürfte auch für die Staatseisenbahnen zutreffen, deren finanzielles Ergebnis den Etat ausschlaggebend beeinflusst. Die „brutale“ Erhöhung der Schnellzugsfahrpreise sollte ja nicht Einnahmen schaffen, sondern den Verkehr abschnüren. Immerhin dürften sich die Brutto-Erträge nicht ungünstig stellen, aber die Mehrkosten werden sie trotzdem voraussichtlich übertragen. So gesund die preussischen Finanzen innerlich auch sind, das laufende Jahr wird sie schwerlich gestärkt haben.